

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Echte Ausbildungsgarantie umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der saarländische Ausbildungsmarkt hat laut des aktuellen Berichts der Arbeitskammer im Jahr 2014 einen historischen Tiefstand erreicht. 3.228 Jugendliche, die an einer Ausbildung interessiert waren, haben keinen Ausbildungsplatz erhalten. Auch in der Ausbildungsbetriebsquote setzt sich der Negativtrend im Saarland fort: Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) bildeten im Jahr 2013 nur noch 26,5 Prozent der Unternehmen aus.

Die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten und nicht resigniert haben, landen nach wie vor in einer der zahllosen berufsvorbereitenden Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems. Von den Jugendlichen, die neu auf dem Ausbildungsmarkt sind, gelangten im Jahr 2013 31,3 Prozent in dieses System. Der Übergangssektor hat im Saarland nach wie vor eine große Bedeutung, obwohl in einigen Branchen bereits heute Fachkräfte fehlen und einzelne Branchen Probleme mit der Besetzung von Ausbildungsplätzen haben.

Insbesondere für Jugendliche, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss verlassen, besteht die Gefahr, dass sie im dualen System keinen Ausbildungsplatz bekommen. Das belegt das Bildungsniveau der Jugendlichen im Übergangssystem: Lediglich 6 Prozent der Jugendlichen im Übergangssystem verfügen über einen höheren Abschluss als einen Hauptschulabschluss.

Das eigentliche gut gemeinte Ziel dieses Übergangssystems – die Jugendliche gezielt zu fördern und auf die betriebliche Ausbildung vorzubereiten – wird leider viel zu oft verfehlt. Oft stellt dieses System für Jugendliche eine Sackgasse und eine unnötige Warteschleife dar, die sie auf dem Weg in ihr Berufsleben keinen Schritt weiterbringt. Wertvolle Zeit und Kompetenzen der Jugendlichen werden hierdurch vergeudet.

Auch wenn das duale Ausbildungssystem als Vorbild in Europa und der Welt gilt, ist es immer nur so gut, wie es jungen Menschen auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bietet. Vielen jungen Menschen bleibt dies derzeit aber verwehrt.

Mehr Jugendliche in Ausbildung zu bringen, ist nicht nur eine Maßnahme zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und eine Frage ökonomischer Vernunft. Es ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Teilhabe und des Selbstbestimmungsrechts junger Menschen. Weder die soziale Herkunft noch konjunkturelle Schwankungen dürfen dafür ausschlaggebend sein, ob junge Menschen den Schritt in ihre berufliche Zukunft meistern oder nicht. Die zentrale Herausforderung der beruflichen Bildung ist es deshalb, allen jungen Menschen den Weg in eine anerkannte Ausbildung zu ebnen.

Um das Recht auf Ausbildung zu verwirklichen, brauchen wir eine Öffnung des dualen Ausbildungssystems, damit auch Jugendliche mit erhöhtem Förderbedarf und ohne Qualifizierung der direkte Übergang in eine betriebliche Ausbildung gelingt.

Hierzu ist es einerseits notwendig, die Jugendlichen in der klassischen betrieblichen Ausbildung besser zu unterstützen. Die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit, wie sie im Konzept der Jugendberufsagenturen vorgesehen sind, müssen hierfür ausgebaut werden. Damit eine Beratung und Unterstützung Erfolg hat, ist es erforderlich, dass diese gebündelt stattfindet und den jungen Menschen ins Zentrum aller Bemühungen stellt. Damit niemand am Übergang von Schule und Beruf verloren geht, ist es außerdem dringend notwendig, flächendeckend und schultypenübergreifend eine Berufsberatung anzubieten.

Andererseits ist es für die Jugendlichen, die keinen Platz im derzeit bestehenden dualen System haben, notwendig, eine Alternative zum derzeit bestehenden ineffizienten Übergangssektor zu schaffen. Auch diese Jugendlichen haben ein Recht auf Ausbildung. Hierzu soll die Vielzahl der bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung überführt werden. Kein Qualifizierungsschritt darf ohne Abschluss, Anschluss oder Anrechnung bleiben. Zusammen mit den Sozialpartnern, den Kammern und der Bundesagentur für Arbeit müssen überbetriebliche Ausbildungsstätten als zusätzliche Träger einer betriebsnahen Ausbildung auf- bzw. ausgebaut werden, die zusätzliche Ausbildungsplätze nach dem dualen Prinzip mit hohen betrieblichen Anteilen anbieten.

Deshalb fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf:

- sich dafür einzusetzen, dass die assistierte Ausbildung und die ausbildungsbegleitenden Hilfen allen Jugendlichen zugänglich gemacht werden, die sie benötigen;
- flächendeckend Jugendberufsagenturen einzurichten und den Modellversuch „Lückenlose Betreuung“ der Jugendberufsagentur im Landkreis Neunkirchen landesweit zu etablieren;
- allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten und sich hierzu auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Übergangsbereich grundlegend reformiert wird, indem die bestehenden berufsvorbereitenden Maßnahmen in Bestandteile einer betriebsnahen Ausbildung überführt werden;
- flächendeckend für alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen spätestens ab dem 8. Schuljahr eine Berufsorientierung und Potenzialanalyse anzubieten;
- die Qualität und Attraktivität der Ausbildung durch Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen, fairer Entlohnung und beruflicher Weiterbildungs- und Aufstiegschancen zu verbessern;
- eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsrechts zu ergreifen, damit junge Asylsuchende und Geduldete eine echte Chance haben, eine Berufsausbildung beginnen und abschließen zu können;
- die Berufsorientierung in der Lehrerausbildung und –fortbildung für alle Schulformen zu verankern;
- die Qualität der Berufsschulen zu sichern, indem die strukturellen Fehlstunden weiter abgebaut werden und auf einen weiteren Lehrerstellenabbau verzichtet wird.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.